

Wer nötigt hier wen

Amerikanisch-chinesische Schlafwandler – steuern Washington und Peking auf einen Krieg zu? | Von Theo Sommer

Die Beziehungen zwischen Amerika und China haben einen historischen Tiefpunkt erreicht. Das chinesische Dominanzstreben stößt auf Washingtons zunehmende Entschlossenheit, Xi Jinpings Weltführungsambitionen Grenzen zu setzen. Das jüngste Treffen der stellvertretenden US-Außenministerin Wendy Sherman mit ihrem chinesischen Kollegen Xie Feng in Tianjin hat den Eindruck verstärkt, dass die beiden Mächte auf eine Kollision zutreiben.

Präsident Joe Biden hat im ersten Halbjahr seiner Amtszeit die disruptive Außenpolitik seines Vorgängers Donald Trump in wesentlichen Punkten revidiert. Er trat dem Pariser Klimaabkommen und der Weltgesundheitsorganisation wieder bei, erneuerte die Partnerschaft mit der Europäischen Union, gab der Nato ihre Bedeutung zurück und strich im Verhältnis zu Deutschland die Strafsanktionen wegen Nord Stream 2. Seine China-Politik unterscheidet sich jedoch so gut wie gar nicht von der Trumps. So hat er das Verbot der Zusammenarbeit mit dem Internetausrüster Huawei und anderen Technologiefirmen aufrechterhalten und verstärkt, hat Sanktionen gegen weitere chinesische Funktionäre verhängt und in Bezug auf die Uiguren auch den Genozid-Vorwurf aufrechterhalten. Und wie Trump und dessen Außenminister Mike Pompeo will auch er abrücken von der Politik des Engagements mit der Volksrepublik.

Ein Unterschied fällt allerdings ins Auge: Die China-Politik der USA wird nicht mehr mit dem irrlichternden Bombast Trumps verfochten, sie hat sich zur stringenten Doktrin verdichtet – einer Doktrin, nach der laut des *Economist* die Systemrivalität der alten und der aufsteigenden Supermacht nur einen Gewinner haben kann: die USA.



Das sieht Xi Jinping natürlich anders. „Zeit und Momentum sind auf unserer Seite“, wird er zitiert. Die *Global Times*, Chinas englischsprachiges Propaganda-Organ, fasst das Ende der amerikanischen Vorherrschaft in die schlichte Formel: „East rising, West declining“ – der Osten steigt auf, der Westen steigt ab.

In Anchorage haben sich im März US-Außenminister Antony Blinken einerseits, das Politbüromitglied Yang Jiechi und Pekings Außenamtchef Wang-Yi andererseits eine erste Schlammsschlacht geliefert. Blinken warf den Chinesen die ganze Litanei US-amerikanischer Vorwürfe an den Kopf: Menschenrechtsverletzungen in Hongkong, Unterdrückung der Uiguren in Xinjiang und Drohungen gegen Taiwan,

Cyberangriffe auf die USA, dazu ökonomische Nötigung von US-Verbündeten. „All diese Handlungen bedrohen die regelbasierte Ordnung, auf der die weltweite Stabilität beruht. Daher sind sie nicht bloß innere Angelegenheiten.“ Yang Jiechi schlug zurück, indem er die Amerikaner der Menschenrechtsheuchelei und des Rassismus bezichtigte. Xinjiang, Tibet und Taiwan seien unveräußerliche Gebietsteile Chinas, jegliche Einmischung in seine inneren Angelegenheiten sei daher scharf zurückzuweisen. Und überhaupt: Wer nötige denn wen? Es seien doch die USA, die ihre militärische Macht und ihre finanzielle Hegemonie nutzten, um andere Länder zu unterdrücken und dem Rest der Welt ihre Demokratie aufzudrängen.

Bei dem Treffen in Tianjin wurde jetzt deutlich, dass sich seit Anchorage nichts gebessert hat. Wiederum lasen die Diplomaten einander die Leviten. In aller Klarheit legten die Kontrahenten ihre roten Linien fest. Voraussetzungen für eine Normalisierung sind laut Xie Feng die Aufhebung aller Sanktionen gegen chinesische Staats- und Parteifunktionäre, freie Betätigung der Konfuzius-Institute in den USA, Rücknahme der Visumsbeschränkungen für Parteimitglieder und Studenten bestimmter Fachrichtungen. Umgekehrt forderte Sherman eine andere chinesische Politik im Hinblick auf Xinjiang, Hongkong, Taiwan und Südchinesisches wie Ostchinesisches Meer. Beide Seiten erklärten zwar, sie wollten keinen Konflikt, aber auf Entspannung, gar Ausgleich deutete nichts hin.

Immer wieder sind derzeit in amerikanischen Publikationen Artikel über einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und China zu lesen, so zuletzt in *The National Interest* („Why the U.S. Military Might Not Win a War Against China Easily, if at all“). Gleichzeitig beschuldigte Außenminister Blinken Chinas Regierung der bewussten Unterstützung von Cyber-Hackern, die sowohl staatliche Aufträge ausführen als auch Cyber-Verbrechen des persönlichen Gewinns wegen

begehen. Präsident Biden reagierte auf die Erkenntnisse seiner Geheimdienste – vor allem über einen massiven Angriff auf das E-Mail-System von Microsoft – mit einer aufschreckenden Kriegs-Warnung: „Ich halte es für mehr als wahrscheinlich, dass wir am Ende, wenn wir in einem echten heißen Krieg mit einer Großmacht landen, dass dies die Konsequenz eines Cyber-Angriffs von großer Tragweite ist.“

Der Präsident hatte dabei auch Russland im Kopf, aber seine Bemerkung war primär wohl auf China gemünzt. Die Vorstellung, dass der digitale Kalte Krieg in einen heißen Cyber-Krieg münden könnte, versetzt auch die EU und die Nato in Besorgnis. Wie dem entgegenzuwirken ist, wird eine der großen Fragen sein, denen sich die westliche Welt in nächster Zukunft stellen muss.

Darüber hinaus aber muss sich der Westen Klarheit über seine Haltung zu China verschaffen. Reicht es, den Wirtschafts- und Handelspartner zu fairen Praktiken auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu zwingen? Wie können die Europäer den Chinesen ihr Eindringen in den Balkan, ihre Einmischung in die EU-Politik verwehren? Hat die Nato wirklich in der transpazifischen Region eine Rolle zu spielen? Und ist die Biden-Doktrin, die auf Entkopplung und Konfrontation hinausläuft, ist ihr Handlungsrahmen – nämlich eine Allianz der Demokratien gegen die Autokratien dieser Welt – tatsächlich eine realpolitische Option, wo doch überall sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Interessen als auch Notwendigkeiten durcheinandergehen, wo obendrein ununterdrückbare Menschenrechtsbedenken und unverzichtbare Klimakooperation gegeneinander stehen?

Schwierige Fragen. Zu beantworten, wenn in Berlin wieder Außenpolitik gedacht und gemacht wird.

DR. THEO SOMMER

war von 1973 bis 1992 Chefredakteur und anschließend gemeinsam mit Helmut Schmidt Herausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit*. Seit 2004 ist er Herausgeber der weltweit erscheinenden englischsprachigen Zeitung aus Berlin *The German Times*.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Oberbänkler

Nie Dagewesenes steht bevor. Im Oktober wird – der pandemischen Umstände wegen – die konstituierende Sitzung eines neu gewählten Bundestages erstmals nicht in seinem Plenarsaal stattfinden. Er ist zu klein, als dass die Corona-Abstandsregel von einhalb Metern zwischen den Abgeordneten eingehalten werden kann – nicht einmal bei der gesetzlichen Mindestzahl von 598 Mitgliedern und erst recht nicht, wenn es wieder mehr als 700 geben wird, was wahrscheinlich ist.

Selbst bei Mitnutzung der Gästetribüne sind im Plenarsaal – unter Einhaltung der Pandemieregel – nur 340 Abgeordnete unterzubringen. Den seit Beginn der Seuche verabredeten Brauch aber, dass Parlamentarier von ihren Büros aus Plenardebatten und sogar Regierungserklärungen verfolgen, werden Verwaltung und Fraktionsführungen wenigstens für den herausragenden Akt zu Beginn einer Wahlperiode und später auch für die Kanzlerwahl aussetzen.

Als Ausweichquartier ist das Paul-Löbe-Haus – benannt nach dem ersten Alterspräsidenten des Bundestages – vorgesehen, wo Sitzungssäle und Büros untergebracht sind. Das hallenartige Atrium, achtgeschossig umgeben von Balkonen und Emporen, wird unten mit gut 300 Plätzen für führende Mitglieder aller Fraktionen bestuhlt sein. Weiter oben, weit weg, werden die übrigen sitzen. Wie viele Stockwerke zu nutzen sind? Kommt darauf an. Aus Hinterbänklern werden Oberbänkler. Neue rhetorische Herausforderungen: Scharmützel und Redeschlachten im Ambiente einer endlos breiten und hohen Eventhalle; Beifall und Unmut nicht nur von vorne, sondern – wie beim Boxen und Eishockey – auch von oben. Gar von hinten?

Schon stellt sich die Verwaltung darauf ein, dass auch die Bundesversammlung dort stattfindet, die im nächsten Februar den Bundespräsidenten wählt. Dann werden wohl mehr als 1500 Delegierte anwesend sein – alle Bundestagsabgeordneten und noch mal so viele Abgesandte, die von den Landtagen bestimmt werden. Natürlich könnte der Bundestag beschließen, sich im eigentlichen Plenarsaal zu drängeln. Als oberstes Staatsorgan unterliegt er nicht der Aufsicht eines anderen Organs. Auch nicht den Corona-Regeln des Landes Berlins. An Aufträge nicht gebunden, könnten seine Abgeordneten das 1,5-Meter-Abstandsgebot aussetzen. Doch angesichts der steigenden Inzidenzzahlen werden sie eher umgekehrt. In genialem Doppelsinn hat das einst der unvergessene Herbert Riehl-Heise formuliert: Die CSU ist die Partei, die das schöne Bayern erfand.

O'Zapft is!

Heimatministerien: Die CSU hat nicht nur das schöne Bayern erfunden, sondern sorgt auch dafür, dass das Land stets vorzüglich ausgestattet wird | Von Ernst Hebecker

Vielleicht muss man Wohnsitze in Berlin und in Bayern haben, um das ganze Ausmaß der Differenz zu erfassen. Kulturell und historisch sind Berlin und Bayern entfernte Planeten, politisch eher zwei Sonnensysteme. Deswegen wirken Auftritte des bayerischen Ministerpräsidenten in der Hauptstadt oft wie Meteoriteneinschläge und das Wirken von Amtsträgern der CSU in Berlin manchmal wie Substanz aus der Tiefe des Raumes.

Selbst langjährigen Beobachtern in der Hauptstadt gilt das bundespolitische Auftreten der CSU als schwer zu entschlüsselndes Rätsel. Dreieinhalb Minister stellt die Partei im Kabinett Merkel IV, und auf der Ebene persönlicher Leistungsbilanzen ist das Urteil dieser Fehlleistungen zum Verlust des Amtes geführt. Warum nicht in diesem?

Das ist keine rhetorische Frage, denn die Antwort führt direkt zum Modell, mit dem die CSU ihre Bundespolitik betreibt. Nahezu alles gründet sich auf den strukturellen Kern der CSU als einer Partei, die nur in Bayern gewählt werden kann, aber auch außerhalb Bayerns Politik macht. Logischerweise hat

Bei den zweieinhalb restlichen CSU-Ministern ist das Bild klarer. Horst Seehofer, der Innenminister, freut sich auf die Rente und hat dies auch seit längerem erkennen lassen. Bleibt, neben der mangels Kompetenzen im politischen Berlin nicht wirklich ernst genommenen Dorothee Bär als Staatsministerin für Digitalisierung, vor allem einer: Andreas Scheuer hat seit 2017 als Verkehrsminister eine Bilanz hingelegt, die ihm mühelos die Insignien eines politischen Überlebenskünstlers eingetragen haben. Vielleicht hat das filouhafte Image des Niederbayern sogar dazu beigetragen, dass ihn Kanzlerin und CSU-Führung im Amt belassen haben. An den politischen Meriten kann es kaum gelegen haben. Von einer nicht belastbaren „Promotion“ über das Maut-Desaster bis zum trickreichen „Formfehler“ bei der Novellierung der Straßenverkehrsordnung – bei anderen hätte ein Bruchteil dieser Fehlleistungen zum Verlust des Amtes geführt. Warum nicht in diesem?

Das ist keine rhetorische Frage, denn die Antwort führt direkt zum Modell, mit dem die CSU ihre Bundespolitik betreibt. Nahezu alles gründet sich auf den strukturellen Kern der CSU als einer Partei, die nur in Bayern gewählt werden kann, aber auch außerhalb Bayerns Politik macht. Logischerweise hat

dies zur Folge, dass auch CSU-Politiker nur in Bayern gewählt werden können, aber auch außerhalb Bayerns Politik machen. Und ebenso liegt auf der Hand, dass demokratisch gewählte Politiker gern demokratisch wiedergewählt werden wollen – im Falle der CSU dort, wo man sie überhaupt nur wählen kann, nämlich in Bayern.

Geradezu lebensfremd wäre folglich die Annahme, dass in Bayern direkt gewählte Abgeordnete im Bundestag (die CSU gewinnt traditionell die Wahlkreise) auch als Amtsträger nicht alles versuchen würden, ihre Wählerbasis in der Heimat nicht mindestens sehr gut zu behandeln. Dazu kommt eine manchmal spektakuläre Besonderheit auf dem Planeten Bayern: Dort wird aus regionalen, traditionellen oder eigensüch-

ERNST HEBEKER

war Pressesprecher des Deutschen Bundestages. Als langjähriger politischer Journalist war er unter anderem Chefredakteur des *Münchener Merkur*. Inzwischen ist er wieder als freier Journalist in Berlin tätig.